

«Klassische Sankt-Florians-Politik»

Das Repower-Management hat sich für die Brechstange entschieden, statt den Puls der Bündner in Sachen Kohlekraft zu fühlen. Das sagt SP-Präsident Jon Pult. Dank der Anti-Kohle-Initiative habe jetzt aber das Volk das letzte Wort.

Mit Jon Pult sprach Reto Furter

Herr Pult, Repower will in ein Kohlekraftwerk im italienischen Saline Joniche investieren. Sie wollen, dass der Kanton dem einen Riegel schiebt. Die SP scheint noch immer gegen den freien Markt zu kämpfen.

Jon Pult: Überhaupt nicht. Tatsache ist, dass der Kanton Graubünden lange Zeit Hauptaktionär war und jetzt sogar Mehrheitsaktionär von Repower ist. Darum kann und soll das Volk als Besitzer von Repower in unternehmerischen Grundsatzfragen mitdiskutieren und mitentscheiden. Es erstaunt mich, dass die Legitimität der



Demokratie in diesem Zusammenhang infrage gestellt wird.

Sie wollen die Wirtschaftsfreiheit der Repower beschränken. Oder wollen das vielleicht auch nicht, aber Sie tun es auf jeden Fall.

Der Hauptaktionär entscheidet, wie der Hase läuft. Das ist in allen Unternehmungen so, das ist der Normalfall. Und weil Repower mehrheitlich dem Kanton gehört, soll eben das Volk entscheiden. So funktioniert Wirtschaft in der Demokratie.

Wirtschaft funktioniert langfristig; die Planungs- und Bewilligungsverfahren für das geplante Kohlekraftwerk laufen schon lange – und jetzt sollen die Regeln geändert werden für Repower?

Da gibt es natürlich eine Vorgeschichte: Repower weiss seit Jahren, dass ein namhafter Teil der Bündner Bevölkerung gegen Kohlestrom und gegen Investitionen in Kohlekraftwerke ist. Repower hätte seit Jahren ein Gespür dafür entwickeln können, was ihre Aktionäre, die Bündnerinnen und Bündner, in dieser Sache denken und wollen. Repower hat darauf verzichtet. Das Management hat sich für die Brechstange entschieden. Und die Bündner Regierung hatte scheinbar nicht die Kraft, ihre Führungsverantwortung wahrzunehmen. Genau darum wurde die Anti-Kohle-Initiative lanciert. Jetzt kann das Volk den Grundsatzentscheid fällen, vor dem sich die Politik gedrückt hat.

Gegnerische Kreise argumentieren, als Hauptaktionär solle man sich nicht in operative Bereiche einmischen, weil das Sache des Managements sei.

Das sind Floskeln, die von Politikern und Funktionären gern verwendet werden. Was heisst denn operativ?

Jon Pult ...

... ist seit vier Jahren Präsident der Sozialdemokratischen Partei Graubünden und – seit 2010 – Grossrat für den Kreis Chur. Der 28-jährige Historiker ist einer der wenigen «echten dreisprachigen Bündner», wie er selbst sagt, dank seiner italienischen Mutter und seines Engadiner Vaters, der in Chur aufgewachsen war. Pult selbst absolvierte seine Schulen ebenfalls in Chur, zuerst lebte er in Guarda, Mailand und in Domat/Ems. 2004 wurde Pult als 19-Jähriger überraschend in den Churer Gemeinderat gewählt, dem er bis 2011 angehörte. (so)

Viele Bündnerinnen und Bündner, Bündner Unternehmungen, Bündner Hausbesitzer haben in den letzten Jahren auch dank einer politisch gewollten Förderung sehr viel Geld investiert in erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Es besteht politische Einigkeit darüber, dass das zukunfts-trächtig ist.

In Graubünden, ja. Das steht so im Bündner Energiegesetz.

Genau. Die gleiche Bevölkerung, die mit Unterstützung der Politik in erneuerbare Energien und Energieeffizienz investiert, will jetzt, dass auch bei der kantonseigenen Unternehmung Repower die Grundsätze der Bündner Energiepolitik gelten: sichere und saubere Investitionen statt neue CO₂-Schleudern. Dass dies nicht so falsch ist, beweisen Repower, die Regierung und die bürgerlichen Politiker ja selbst, indem sie einen Gegenvorschlag unterstützen, der ebenfalls einen Ausstieg aus dem Kohlestrom vorsieht – ausser im einzigen konkreten Fall. Das ist klassische Sankt-Florians-Politik.

Das Kohlestromverbot soll nur für Repower gelten. Das ist eine Schwächung des Energieunternehmens gegenüber der Konkurrenz. Also das Gegenteil dessen, was man sich wünscht.

Es gibt kein anderes schweizerisches Energieunternehmen, das eine Investition in Kohlestrom plant, obwohl das theoretisch alle könnten. Aber ausgerechnet Graubünden, wo in den letzten Jahren sehr viel für eine zukunftsgerichtete Energiepolitik gemacht wurde, besitzt ein Unternehmen, das als einziges in der Schweiz weiterhin an Kohlestrom festhält. Das leuchtet den Leuten zu Recht nicht ein.

Bei einem Ja zur Initiative kann Repower das Projekt nicht vorantreiben, es werden möglicherweise Zahlungen fällig wegen Vertragsbruch. Dazu droht ein Vertrauensverlust. Nicht das, was man sich als Mehrheitsaktionär wünscht, weil der Aktienkurs in den Keller stürzen dürfte.

Seit bekannt ist, dass Repower in Kohlekraftwerke investieren will, hat das Unternehmen ein massives Imageproblem bei der eigenen Bevölkerung. Gleichzeitig ist der Aktienkurs abgestürzt. Mir scheint dieses Imageproblem zu Hause wichtiger als ein allfälliges Imageproblem bei einzelnen Geschäftspartnern im Bereich Kohle. Das Repower-Management sollte mit solchen Aussagen ohnehin aufpassen. Man könnte sonst auf die Idee kommen, seine eigene Bilanz genauer zu überprüfen. So weist Repower zum Beispiel in allen Märkten grössere Abschreiber aus: in Rumänien, in Deutschland, in Italien. In allen Fällen haben die Abschreiber nichts mit den energiepolitischen Debatten in Graubünden zu tun. Und nun will man das Bündnervolk für allfällige Abschreiber in Saline Joniche verantwortlich machen? So geht das natürlich nicht.

Repower will in Kohlekraft investieren, obwohl das eigentlich niemand will, auch die Bürgerlichen nicht, darum ja der Gegenvorschlag. Die Politik ist sich im Grundsatz einig.

Der Gegenvorschlag ist eine sehr komische Position, weil er sich gegen Kohlekraftwerke ausspricht, ausser eben im einzigen konkreten Fall. Auch die Rolle unseres Energieministers, Regierungsrat Mario Cavigelli, ist sehr speziell. Einerseits kämpft er mit grossem Engagement und einer Tendenz zur unsachlichen Dramatisierung gegen die Initiative. Dabei sagt er auch, dass Kohlekraftwerke gar nicht so schlimm seien. Mit dem Gegenvorschlag will er aber diese Technologie auch überwinden. Das ist nicht wirklich kohärent.

Repower investiert nachweislich und wohl auch unbestritten sehr viel in er-

neuerbare Energien. Besteht da nicht die Gefahr, dass das Kind jetzt mit dem Bad ausgeschüttet wird?

Das haben sich das Repower-Management und die Bündner Regierung selbst zuzuschreiben. Wären sie selbst wie beim Kohlekraftwerk im deutschen Brunsbüttel auch in Saline Joniche ausgestiegen, hätten sie an Popularität gewonnen und ihre anderen zum Teil sehr positiven und innovativen Projekte ins beste Licht rücken können. Repower stünde bedeutend besser da, als sie es jetzt tut. Repower hat grosses wirtschaftliches und energiepolitisches Potenzial für Graubünden, darum soll sich die Firma auch zukunftsgerichtet positionieren.

«Gegenvorschlag ist eine komische Position»

Ihre SP sitzt auch im Repower-Verwaltungsrat.

Nein, die SP sitzt nicht im Verwaltungsrat. Im Verwaltungsrat sitzt SP-Mitglied Claudio Lardi.

Ein ziemlich hohes SP-Mitglied ...

Lardi ist heute Sekretär der SP Valposchiavo, das ist tatsächlich eine wichtige Parteifunktion.

Und davor war er Regierungspräsident.

Klar, er war unser Regierungspräsident. Heute ist er als Vertreter der Valposchiavo einer von elf Verwaltungsräten. In Verwaltungsräten gilt, was auch in Regierungen gilt: das Kollegialitätsprinzip. Mehrheitsentscheidungen werden auch von einer Minderheit getragen. Für mich als SP-Präsident ist aber etwas anderes entscheidend: Die SP Valposchiavo unterstützt die Anti-Kohle-Initiative einstimmig.

Statt in Südtalien solle Repower die 200 Millionen Euro doch besser in Graubünden investieren, sagen Initiativbefürworter. Ein Ja schaffe deshalb Arbeitsplätze. Das Argument ist wacklig.

Es ist sicher nicht wacklicher als das Argument der Initiativgegner, die behaupten, in Graubünden seien Arbeitsplätze

gefährdet, wenn man das Kohlekraftwerk nicht baue.

Kampfrhetorik auf beiden Seiten.

Sagen kann man jedenfalls dies: Jeden Franken kann man nur einmal ausgeben. Repower verfolgt derzeit sechs grössere Projekte, die nicht alle gleichzeitig realisiert werden können. Wir wollen, dass man das Kohlekraftwerk von dieser Liste streicht. Dann kann man sich stärker auf die Bündner Projekte Lagobianco und Chlus konzentrieren. So absurd ist das Argument also nicht.

Einen Automatismus wird es nicht geben. Oder hat schon je einmal jemand mit Repower darüber gesprochen, ob man dieses Geld in Graubünden überhaupt investieren will?

Es gibt keine Garantie. Repower muss selbst wissen, wo es investieren will, wenn das Kohlekraftwerk in Italien nicht gebaut wird. Aber nochmals: Das wichtigste Projekt für Repower und für Graubünden ist das Lagobianco-Projekt. Es ist nicht so, dass dieses Projekt heute gesichert ist. Und wenn Repower das Geld in Südtalien nicht ausgibt, könnte es einfacher sein, andere Projekte zu verwirklichen.

Repower kann sicher gut rechnen: Wenn sich eine Investition in ein Kohlekraftwerk in Südtalien nicht lohnen würde, wird auch nicht investiert.

Auf der Finanzabteilung von Repower wird gut gerechnet, davon bin ich überzeugt. In dieser Branche ist es aber

so, dass man sich – systembedingt – auch immer wieder verrechnet. Man hat sich auch in Brunsbüttel verrechnet und dann so getan, als ob das nichts wäre. Man hat in Rumänien Millionen abgeschrieben, man hat in Italien ein paar Millionen wegen eines Betrugsfalles abgeschrieben. Das Risiko, dass man sich auch in Saline Joniche verrechnet, ist relativ gross. Das sagt die Weltbank, das sagt die Investmentbank Goldman Sachs, das sagen Ökonomen und Experten.

«Hauptaktionär entscheidet: das Volk»

Der Präsident der SP Graubünden zitiert Ökonomen und Banken?

Es tut mir fast weh, dies zu tun. Ich will aber aufzeigen, dass wir Initianten nicht ohne Grundlage irgendetwas behaupten. Mir als Provinzpolitiker muss man in internationalen Wirtschaftsfragen nicht glauben. Auf die renommierten Experten und Institutionen könnte man aber hören, wenn sie auf die erheblichen Risiken im Kohle-Business hinweisen.

Sie kritisieren den Kanton, welcher die Berechnungen von Repower als Mehrheitsaktionär kontrollieren sollte.

Hier muss man tatsächlich Kritik üben. Die Regierung als Vertreterin von allen Bündnerinnen und Bündnern hörte bis jetzt nur auf das Repower-Management und nahm ihre Aufgabe nicht wahr, in energiepolitischen Strategiefragen der Unternehmung eigenständig zu entscheiden. Das ist nicht gut. Die Regierung muss sich natürlich nicht in jedes Detail einmischen, aber sie soll sich überlegen, ob sie mit Repower in Richtung Kohle oder in Richtung erneuerbare Energie gehen will. In diesem Bereich hat sie mit wenig Mut und viel zu willfährig politisiert. Mit einem Ja zur Initiative können wir als Volk aber unserer Regierung zu mehr Mut verhelfen.



Bild Olivia Item